

„Ganzheitlich diskutieren“

Escher Schöffe Félix Braz will mehr als Wasser-Debatte

Prinzipielles Verständnis für die Debatte zeigt Eschs Umweltschöffe, Félix Braz. Ohne Weiteres einen Einheitspreis für Wasserabgaben einzuführen, sieht er jedoch als bedenklich. Sicherlich sei die Wasserversorgung im Norden eine andere als im Süden, allein durch die große Fläche, die der Norden darstellt.

„Dennoch darf man die Debatte der Solidarität nicht lediglich am Wasserpreis festmachen“, betont Braz. Auch solle man sie nicht, wie es häufig vorkomme, mit dem Strompreis vergleichen, wo lediglich eine Instanz auf nationaler Ebene zuständig ist. Wasser sei das wichtigste Lebensmittel, das stünde außer Frage, sowohl die Abgaben als auch die Instandhaltung der Netze obliege jedoch in der jetzigen Regelung den einzelnen Gemeinden. „Den jeweiligen Gemeindeoberhäuptern steht es ja offen, ihre Sozialpolitik entsprechend anzupassen, wie es in Esch/Alzette beispielsweise bereits seit einigen Jahren praktiziert wird.“

Sollte man eine generelle Debatte über einen einheitlichen Was-



Félix Braz: „Keine Nord-Süd-Kontroverse anstreben“. (FOTO: M. WILWERT)

serpreis anstreben, plädiert auch der Escher Schöffe dafür, eine ganzheitliche Diskussion zu führen, in der auch die Frage erlaubt sei, inwieweit die Gemeindeautonomie beschnitten werden dürfe. Zudem bestünde bereits große Solidarität zwischen den Regionen. Man sollte keinesfalls eine Nord-Süd-Kontroverse anstreben. (NaR)

„Arbeite auf Einheitspreis hin“

Innenminister zeigt Verständnis für Forderungen

Innenminister Jean-Marie Halsdorf zeigt Verständnis für Gemeindepolitiker, die einen einheitlichen Wasserpreis fordern: „Es kann nicht sein, dass Wasser in Esch/Sauer teurer ist, als in Esch/Alzette“. Die besondere Ausgangsposition in Luxemburg (siehe Interview) stehe einer sofortigen Umsetzung aber im Weg. „Wir brauchen eine nationale Struktur über den Trink- und Abwassersyndikaten, die sich

die Kosten teilen. Dann ist auch ein einziger Wasserpreis möglich“, so Halsdorf. „Ich bin aber bereit, in den kommenden vier Jahren auf einen solchen Wasserpreis hinzuwirken. Bis dahin aber können wir nur versuchen, uns im Rahmen der aktuellen Gesetzgebung so viel Flexibilität wie nur möglich zu geben, um gegenüber den Gemeinden und Bürgern eine gewisse Gerechtigkeit zu gewährleisten.“

„Ein komplexes Thema“

Claude Meisch sieht Einheitspreis kritisch

Ein komplexes Thema nennt Claude Meisch, Bürgermeister der Stadt Differdingen, die Kontroverse um den kostendeckenden Wasserpreis. So verständlich die Idee, einen Solidarpreis einzuführen auch sein möge, umso weniger sieht er dies unter den derzeitigen Umständen als praktikabel.

„Wir haben auch in Differdingen den Wasserpreis bereits um 40 Prozent anheben müssen“, erklärt Meisch und fügt hinzu, dass eine

zweite Anhebung der Abgaben nötig sein wird, um die Bestimmungen ab 1. Januar 2011 kostendeckend zu erfüllen. Einer generellen Debatte um die Preisstaffelung verschließt sich der député-maire keinesfalls, jedoch betont er, es müsse in diesem Zusammenhang der gesamte kommunale Verteilerschlüssel überdacht und diskutiert werden. „Unter den heutigen Bedingungen ist ein Einheitspreis nicht einfach so umsetzbar und auch bei der Bevölkerung im Süden nicht durchzusetzen“, so Meisch.

Das Argument, im Norden müssten größere Distanzen zur Verlegung von Leitungen überwunden werden, möchte er insofern nicht gelten lassen. „Ländliche Regionen des Großherzogtums erhalten einfach dadurch, dass sie eben ländliche Regionen sind, staatliche Zuschüsse, die den Städten nicht zustehen.“ Die Einnahmen durch die Wasserabgaben sind eine Mehreinnahme für Gemeinden. Als Kompensation könnten die Gemeinden an den Gewerbesteuerätzen arbeiten bzw. eine „allocation de vie chère“ einführen, wie es viele Südgemeinden in der Vergangenheit bereits getan haben, um sozial schwächeren Bürgern unter die Arme zu greifen. (NaR)



Claude Meisch: „Einheitspreis nicht so einfach umsetzbar.“ (FOTO: M. WILWERT)

Im Ösling liegen kostendeckende Wasserpreise

... und der Verlierer zahlt

Rufe im ländlichen Raum nach landesweiter Solidarität beim Grund

VON JOHN LAMBERTY

Ab dem 1. Januar 2011 soll es nun also so weit sein: Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung müssen nach dem Kostendeckungsprinzip an die Verbraucher weiterverrechnet werden. Eine Philosophie, die angesichts der allzu lang ignorierten „Kostbarkeit“ des Elements Wasser durchaus nachvollziehbar ist, die in Zahlen auf der Rechnung jedoch viele erschauern lässt. Vor allem im Norden und Osten, wo kostendeckende Wasserpreise aufgrund der ausgedehnten Versorgungsnetze, der schwierigen topografischen Bedingungen und der eher geringen Bevölkerungsdichte bei bis zu zehn Euro liegen werden, droht der Wasserpreis zur Zerreißprobe zu werden – sollte nicht rasch über landesweite Solidarität, und dies in Form konkreter Zusagen, debattiert werden.

Noch sind ihm kaum Reaktionen aus der Bevölkerung zugetragen worden, doch liegen erst mal die Abrechnungen im Briefkasten, werden die Bürger ihrem Ärger schon Luft machen. Dessen ist sich der Clerfer Bürgermeister Yves Arend gewiss. In der kommenden Gemeinderatssitzung werden er und seine Schöffenratskollegen, in Absprache mit den künftigen Fusionspartnern aus Munshausen und Heinerscheid, nämlich eine erste Erhöhung der Wassergebühren von insgesamt 2,80 auf 5,50 Euro pro Kubikmeter (Trinkwasser- und Kanaltaxe zusammen) vorschlagen. Eine erste Erhöhung wohlgerneht, denn um kostendeckend zu arbeiten, müssten die Gebühren bis 2011 nochmals fast verdoppelt werden.

„Einheitspreis beim Grundelement Wasser“

Was dies für die Gemeinde Clerf konkret bedeuten wird? „Ohne nationale Solidarität werden wir praktisch das Doppelte fürs Wasser zahlen müssen als im Zentrum oder im Süden, wir werden sprunghaft steigende Restanzen sehen, weil sozial ohnehin geschwächte Bürger mit der Begleichung ihrer Rechnungen nicht mehr nachkommen und wir werden der Attraktivität des ländlichen Raums als Wirtschaftsstandort nachhaltig schaden. Und das nur, weil wir durch Zufall im großflächigen, aber dünnbesiedelten Ösling wohnen“, meint Arend.

Kein Wunder, dass sich der Bürgermeister mit Blick auf das weitere Vorgehen seiner Gemeinde in Sachen Wasserpreis eher zögerlich äußert: „Wir warten nun erst einmal ab. Das Wassergesetz sieht ja im Falle topografisch oder anderweitig benachteiligter Gebiete mögliche Kompensationszahlungen vor, allerdings brauchen wir nun rasch präzise Zusagen, wer konkret wie viel erwarten kann. Hierzu ist noch gar nichts verlautbart. Gemeinsam mit meinen Kollegen aus Heinerscheid und Munshausen mache ich mich jedenfalls ganz klar für die Einführung eines landesweiten Einheitspreises bei einem Grundelement wie Trink-



Für den ländlichen Raum ist nationale Solidarität beim Wasserpreis eine Frage allerhö

wasser stark. Der Strom kostet in Huldigen ja auch nicht mehr als in Esch...“, so Arend.

Mit dieser Forderung steht der Clerfer Bürgermeister denn auch keineswegs allein da, wie sein Tandeler Kollege Ali Kaes erklärt, der sich auch als Nord-Abgeordneter den Kampf um nationale Solidarität in Form eines Einheitswasserpreises auf die Fahnen geschrieben hat. „Wir brauchen noch in diesem Jahr eine definitive Lösung der Frage um einen landesweiten Einheitspreis. Sind Preise von zehn Euro erst einmal votiert, ist die Diskussion vorbei“, ist sich Kaes, dessen Gemeinde Tandel von kostendeckenden Gebühren von mindestens 10,14 Euro ausgeht, sicher.

Dass ein Einheitspreis im Koalitionsvertrag steht und auch Innenminister Jean-Marie Halsdorf sich des Öfteren für ein Anstreben möglichst einheitlicher Gebühren ausgesprochen hat, beruhigt Kaes

denn auch nicht: „Bislang wird bei der Diskussion um einen Einheitswasserpreis immer wieder auf die Gemeindeautonomie in diesem Bereich als rechtliches Hindernis verwiesen. Dabei ist diese einerseits durch staatliche Vorgaben des Wasserwirtschaftsamts oder durch die bestehenden Syndikate doch ohnehin nur bedingt existent, und andererseits ist die Aufhebung der Gemeindeautonomie, wie etwa im Falle der Schulorganisation, mit dem nötigen politischen Willen durchaus rasch umsetzbar.“

„Kostenumverteilung birgt sozialen Sprengstoff“

Und auch von der Möglichkeit der Preismodulation, etwa der Entlastung von Betrieben durch Umverteilung der Kosten auf die Haushalte, hält Kaes nichts: „In Tandel gehen 43 Prozent des Wasserverbrauchs in die Landwirtschaft. Was glauben Sie, was passiert,



Vier Bürgermeister und das Wasser: Yves Arend (Clerf), Ali Kaes (Tandel), René Mich